

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 75 (1975)

**Artikel:** Die katholische Schule zu Basel : von den Anfängen bis zur Aufhebung 1884  
**Autor:** Kocher, Alois  
**Kapitel:** X: Die katholische Schule vor dem Basler Grossen Rat  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-117868>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## X. Die katholische Schule vor dem Basler Großen Rat<sup>175</sup>

Die Verhandlungen im Großen Rat nahmen vier Sitzungstage in Anspruch; sie begannen am Montag, den 28. Januar, und schlossen am Dienstag, den 5. Februar 1884. Die «Schweizer Grenzpost» bringt eine Zusammenfassung der Debatten, in denen sich Anklage- und Verteidigungspunkte oft wiederholen. Neben der Erwähnung der Referenten folgt eine summarische Darstellung der Hauptgedanken:

### *1. Regierungspräsident Dr. J. J. Burckhardt:*

Die Regierung will nicht länger mißverstanden sein. Sie erstrebt nicht die Aufhebung der Schule, sondern deren Laisierung. Die geistlichen Lehrpersonen genügen für den Unterricht nicht, zudem sind sie Ausländer und haben das Gelübde des unbedingten Gehorsams abgelegt. Sie verfolgen eine fremde Lehrmethode und leiden an einem System der Verheimlichung. Das Versäumniswesen wird ungenügend kontrolliert. Die Schulbehörde kann keinen bestimmenden Einfluß auf die Schule ausüben. Die Lehrpersonen haben keine Patente. Es gilt den Kampf gegen das unfehlbare Papsttum zu führen. Die Schulkongregationen sind kein Bestand des katholischen Glaubens. Diese Schule ist ein Unikum, seit 1839 abhängig von der französischen Propaganda. Unser Kulturkampf heißt Kampf um die Schule. Mit der protestantischen Kirche sind wir fertig geworden, mit der römisch-katholischen steht er noch aus. Die Marienbrüder gehören einem reichen, stramm organisierten Orden an. Nach Prof. Hinschius herrscht die jesuitische Gehorsamstheorie und die geistige Persönlichkeit des Individuums wird vernichtet. Es gilt bei ihnen die Philosophie des Thomas von Aquin. Den Lehrpersonen ist die Weiterbildung verwehrt<sup>176</sup>. Sie haben eine unveränderlich erklärte Lehrmethode aus dem Jahre 1700. Statt Patente haben sie bloß Obedienzbrieft. Sie können nicht genügend Deutsch. Nirgends in der Welt sind

<sup>175</sup> STABA, LL 31, Sammlung diverser Zeitungsartikel, bes. Sep. aus «Schweizer Grenzpost», Basel 1884.

<sup>176</sup> Er schildert weitere Einzelheiten aus dem Ordensleben: sie dürfen keine Verbindung mit der Welt haben, Privatkorrespondenzen und Lektüre stehen unter Kontrolle, die Schulbrüder dürfen nur das Neue Testament und die «Nachfolge Christi» als eigen besitzen. Diese zum Teil übertriebenen und andere, unwahre Behauptungen stammten vom Lehrer J. Bringel, der die Ordensgemeinschaft der Marienbrüder in Basel im Jahre 1882 verlassen hatte: «... un de nos confrères avait la pensée de nous quitter, de se marier publiquement à Bâle et d'aller demander une place comme instituteur à l'Inspecteur... Il lui raconta, le Judas, dont on se doutait déjà longtemps, que nous faisons partie d'une Société religieuse...» ASM, aus einem Brief eines ehemaligen Lehrers.

verhältnismäßig so viele Kongreganisten wie hier: 1 auf 430 Katholiken. Die riesig anwachsende katholische Bevölkerung sollte sich in unser Gemeinwesen nicht einleben, damit wir nicht in 20–30 Jahren von der katholischen Propaganda aufgezehrt werden. Der Staat muß bei Übernahme der Schule mit Fr. 70 000 Mehrausgaben rechnen.

2. *Professor Kinkelin:*

Die Berichte über die katholische Schule lauten sehr ungünstig und die Versprechen der katholischen Vorsteherschaft sind unzuverlässig. Der Staat und nicht die Kirche ist Leiter der Schule. Die Lehrer hätten ihren Direktor «als ihren Gott» zu betrachten. Eine Methode ist schlecht, welche die Kinder nicht denken lehrt.

3. *Regierungsrat Falkner:*

Er fühlt sich an den Sonderbund erinnert. Dort standen die Jesuiten, hier sind es Kongreganisten. Es gilt den Kampf gegen die Gesellschaft Jesu zu führen. Er weist aus Zitaten Wessenbergs nach, daß «ultramontan» und «katholisch» nicht dasselbe bedeuten. Das Schulgesetz allein genügt zur Beseitigung der Kongreganisten, denn diese können, dürfen und wollen den Bestimmungen nicht nachleben, wie Zitate aus katholischen Schriftstellern beweisen.

4. *Dr. Zutt:*

Hier liegt kein Kulturkampf vor, aber der Ausbreitung des ultramontanen Elementes muß ein Damm gesetzt werden. Daß Katholiken nichts vom Staate wissen wollen, zeigt der Ton, mit dem sie mit der Regierung sprechen.

5. *Dr. Ernst Brenner*<sup>177</sup>:

Er hält sich an das Gutachten der Expertenkommission. Die katholische Schule hat zunächst der Kirche zu dienen, ihre Lehrmittel sind Hetzmittel, die Erziehung führt zur Intoleranz. Art. 27 BV ist ein Kompromißartikel. Die Minderheit der Petitionskommission will die Beseitigung der Ordensbrüder und Lehrschwestern.

6. *Direktor Weissenbach:*

Aus Art. 27 BV kann die Beseitigung der Lehrorden nicht geschlossen werden, doch kann der Große Rat einen derartigen Beschluß fassen.

<sup>177</sup> Dr. Ernst Brenner (1856–1911) machte seine Studien in Basel, München und Leipzig. Vorerst arbeitete er im Anwaltsbureau seines militanten Onkels Dr. Carl Brenner. Im Jahre 1897 wurde er nach hartem Gegenkampf gegenüber dem überlegenen Staatsmann Dr. Paul Speiser in den Bundesrat gewählt, dem er bis zu seinem frühen Tode angehörte. Es vollzog sich vom Tage seiner Wahl als Bundesrat in überzeugender Weise die Wandlung vom radikalen Parteipolitiker zum toleranten, überparteilichen Staatsmann. (BN vom 11. März 1961; Ed. His, Basler Staatsmänner.)

7. *Sekundarlehrer Schaffner*<sup>178</sup>:

Er verfuhr bei seinem Besuch in der katholischen Schule nach der Methode des Inspektors Kettiger sel.: stille dasitzen und Notizen machen. Als Mitglied des freisinnigen Schulvereins unterzeichnete er 1880 eine Petition an den Großen Rat über die Privatschulen. Die günstigen Ergebnisse bei den Rekrutenprüfungen ehemaliger katholischer Schüler ist einfach zu erklären: es waren fähige Köpfe, die vorwärts kamen, aber nicht *weil*, sondern *obwohl* sie durch diese mangelhafte Schule gegangen sind. Er erzählt die bekannte Fabel vom Igel und vom Maulwurf.

8. *Regierungsrat Dr. Paul Speiser*:

Er erwähnt in seiner Rede unter anderem: Die Konfessionslosigkeit des Unterrichtes ist unmöglich, und die BV schreibt sie nicht vor. Unsere Väter wußten, warum sie die katholische Schule gestatteten. Der konfessionelle Friede war in Basel immer gewahrt. Es gibt in Basel keine eigentliche katholische politische Partei. Seit 1872 entwickelt sich in Basel ein autoritärer und doktrinärer Radikalismus. Eine Mehrheit kann einer Minderheit ihre Anschauungen nicht aufzwingen. Man möchte eine Glaubens- und Gewissensfreiheit für den *Unglauben* anerkennen, nicht aber für den positiven Glauben.

Zuerst focht man mit Art. 27; Art. 51 kann nur durch Bundesbeschluß Anwendung finden.

Der Expertenbericht ist zweifelhaft. Man spricht von der Unmöglichkeit der Aufsicht. Diese ist noch gar nie ernsthaft versucht worden. Ein einziger Schulinspektor für 3000 Kinder der Staatsschule und 1500 der katholischen Schulen!

Als ehemaliger Erziehungsdirektor muß er feststellen, daß es unter den vielen Lehrern «wie in der Staatsschule, sehr gute, mittelmäßige und sehr schwache Kräfte gibt». Das Resultat der Rekrutenprüfungen lautet für die katholische Schule mindestens ebenso günstig wie für die staatliche Schule. Es geht der Regierung um die Frage der Kongregationen. Der Departements-Chef kennt die katholische Kirche nicht und besitzt kein Verständnis für andere religiösen Anschauungen. Er will den Katholizismus bekämpfen und beruft sich auf einen Hinschius<sup>179</sup>.

<sup>178</sup> Johann Jakob Schaffner-Hoffmann, geboren 1836 in Zeglingen. Er besuchte unter Augustin Keller das Lehrerseminar in Wettingen. Nach Besuch der Universität Basel wurde er Lehrer an der Realschule Basel und Mitglied der Primarschulinspektion. Im Jahre 1885 und 1892 bewarb er sich vergeblich um das Amt eines Schulinspektors. Als Mitglied der vier Schulexperten, die im Herbst 1882 die katholischen Schulen zu inspizieren hatten, zeigte er wenig Sympathie für das katholische Schulwesen.

<sup>179</sup> Paul Hinschius (1835–1898), Rechtsgelehrter und Verfasser bedeutender kirchenrechtlicher Schriften. Zur Zeit des preußischen Kulturkampfes von Kultusminister Falk an die Universität Berlin berufen.

Dr. J. J. Burckhardt zitierte im Großen Rat Stellen aus dem Werk «Die Schrift über die Orden und Kongregationen der katholischen Kirche in

Frage: Was haben unsere Kongreganisten und die von ihnen erzogene Jugend gegen den Staat verbrochen? Speiser weist auf die katholischen Kantone hin, wo sich die Protestanten frei entfalten können und eigene Schulen besitzen.

9. *A. Stäbelin-Brunner:*

Referent der Mehrheit der Petitionskommission. Es liegt eine Rechtsfrage vor. Die Mehrheit der Kommission gewann die Ansicht, durch Art. 27 BV können die Orden nicht einmal aus den öffentlichen Schulen ausgeschlossen werden. Der Antrag der Minderheit ist gehässig und unbillig. Die Regierung will eine Grenze ziehen zwischen ultramontan und katholisch. Der Glaube an die hierarchische Stellung des Papstes gehört aber zur katholischen Konfession. Von den behaupteten Übelständen kann kein einziger nachgewiesen werden. Man wirft Intoleranz vor, diese suchen sie besser bei uns. Man will einen Riß ziehen zwischen Katholiken und Protestanten. Ein Rekurs in Bern wird als begründet angesehen werden.

10. *Prof. Dr. W. Vischer:*

Es wird behauptet, der Katholizismus sei seiner ganzen Natur nach unduldsam und ihr Unterricht nicht zulässig. Ich bestreite nicht, daß der Katholizismus die Lehren anderer Konfessionen für Irrtümer erklärt. Wenn sich aber herausstellt, daß trotzdem die katholischen Staatsmänner in unserem Vaterland tolerant sind... wie sollen wir intolerant vorgehen? In den Kantonen Freiburg, Zug, Unterwalden, Tessin herrscht nur Wohlwollen gegen die protestantischen Schulen.

Im Dezember 1871 stimmte bei der Revision der BV Nationalrat Klein gegen den Ausschluß der Kongreganisten aus der Schule, gestützt auf die Erfahrungen, die man mit der hiesigen katholischen Schule gemacht hat. Die Handarbeitsschule der Lehrschwestern werde von zahlreichen protestantischen Kindern besucht.

11. *Oberst Merian-Iselin:*

Der katholischen Schule gebührt eher Dank als Verfolgung. Ihre Aufhebung wäre eine Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, denn Art. 49 BV gibt den Eltern das Recht, über die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Lebensjahre allein zu bestimmen. Der Staat hat kein Recht, die Kinder in konfessionslose Staatsschulen zu schicken. Man macht den Lehrern zum Vorwurf, daß sie Ausländer seien. «Basels Stolz war stets die Gastfreundlichkeit gegen Fremde, und selbst diese hohe Versammlung zählt manche Mitglieder, deren Vorfahren noch vor 100 Jahren der Stadt Basel noch ganz fremd waren.»

Preußen». Hinschius zog sich mit dem Abbruch des Kulturkampfes in Preußen von 1876 an mehr und mehr vom politischen Leben zurück.

Sein Werk über die Orden und Kongregationen wurde 1874 durch Dekret der römischen Indexkongregation auf den Index gesetzt. (Allg. Deutsche Biogr., Bd. 50, S. 344ff.)



12. *Oberst Paravicini:*

In der ganzen Welt kommt man vom Kulturkampf zurück, denn es sind keine Lorbeeren zu holen. Vor 10 Jahren hat man Mermillod<sup>180</sup> des Landes verwiesen. Als ultramontan verschrien kommt er mit noch höherer Würde geschmückt zurück, wird von Regierung und selbst vom Bundespräsidenten empfangen. Den Nuntius haben wir nach Rom heimgeschickt, aber man wäre froh, man könnte wieder wie früher mit dem Papste unterhandeln.

13. *Ed. Preiswerk:*

«Auf die unfehlbare Lehrmethode in den Staatsschulen gebe ich gar nichts; ich halte mich an das Wort: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Hunderte von Geschäftsleuten werden mir beistimmen, daß man als Lehrlinge die Schüler der katholischen Schule den in den Staatsschulen erzogenen vorzieht. . . Sie können tüchtig lesen, gut schreiben und verstehen das Rechnen nach dem Dezimalsystem.» Ein wohlfeiles Vergnügen des Regierungspräsidenten, durch Aufzählung von Einzelheiten aus dem Leben der Ordensbrüder das Publikum zum Lachen zu bringen. Verlange der Erziehungsdirektor die Regeln der Freimaurer ab, denen auch Staatslehrer angehören, er wird sie so wenig erhalten wie die Regeln der Schulbrüder.

14. *Prof. Dr. Fritz Burckhardt:*

«Die Freie Schule hat ebenso ihre Berechtigung wie die Freie Kirche. Von einer Gefährdung der Jugend in hiesiger katholischer Schule ist keine Rede. Was die Leistungen der Schule betrifft, hat man noch nie gehört, daß eine größere Anzahl ihrer Schüler beim Eintritt in die Staatsschule vom Unterricht in irgend einem Fache dispensiert werden mußten; in einer einzigen Klasse aus der Staatsschule mußte dies aber bei 40 Schülern geschehen wegen absoluter Unmöglichkeit, sie in der französischen Sprache vorwärts zu bringen.»

15. *Dr. Carl Burckhardt-Burckhardt:*

Er findet das Vorgehen der Regierung bemühend, nach Jesuiten und Jesuitengenossen zu spüren und das Zusammenleben der Lehrschwestern als Kloster zu bezeichnen. Es gibt kein enges Zusammenwirken mehr, wenn Katholiken im Staate nicht mehr den Hüter für die berechtigten Interessen aller erblicken, sondern nur das Organ einer Partei.

16. *Prof. Hagenbach-Bischoff:*

«In welchem Kontrast zur modernen, liberalen Idee des konfessionslosen Staates steht doch das Vorgehen der Regierung gegen die katho-

<sup>180</sup> Mgr. Kaspar Mermillod, Koadjutor des Bischofs Marilley in Genf, am 17. Februar 1873 durch den Bundesrat aus der Schweiz verbannt. Von Papst Leo XIII. im Jahre 1882 zum Bischof von Lausanne und Genf ernannt. Als er 1883 dem Bundesrat und den Regierungen in Neuenburg und Lausanne seine Aufwartung machte, fand er allenthalben die freundlichste Aufnahme.

liche Schule! Auf Seite 38 seines Berichtes erklärt der Regierungsrat, nach Kräften verhindern zu wollen, daß unsere Stadt, einst eine Stätte der Reformation, ein Zentrum ultramontaner Bestrebungen werde... Ich bin kein Freund von römischen Katholiken, muß mich aber heute auf ihre Seite stellen, da es sich um eine Frage des Rechts und der Billigkeit handelt<sup>181</sup>.»

Am Nachmittag des 5. Februar wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag der Kommissionsminderheit (Dr. Brenner) auf gänzliche *Abweisung des Schulrekurses* wurde mit 64 gegen 54 Stimmen zum Beschluß erhoben.

In der zweiten, ebenfalls unter Namensaufruf vorgenommenen Hauptabstimmung der Kommissionsminderheit über den *Ausschluß der religiösen Orden vom Schulunterricht* wurde der Antrag mit 66 gegen 50 Stimmen *angenommen*.

Der dritte Antrag, diesen *Großratsbeschluß der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme oder zur Verwerfung vorzulegen*, wurde einstimmig angenommen.

<sup>181</sup> Anlässlich der Grundsteinlegung der neuen St. Marienkirche an der Holbeinstraße (Kirche eingeweiht 1885) wurde folgende Urkunde dem Grundstein anvertraut: «Die römisch-katholische Gemeinde zählt 19 000 Seelen. Die Gemeinde besitzt ihre eigene katholische Schule und hofft zuversichtlich, dieselbe auch in der Zukunft beibehalten zu können. Dermalen wird sie von über 1700 Kindern besucht unter der Leitung von 40 Lehrern und Lehrerinnen (Marienbrüder und Schwestern von der Vorsehung).

... Gerechtigkeit und Dankbarkeit verlangen der Männer zu gedenken, welche in den für unsere Gemeinde so hochwertigen Großratsdebatten vom 28. und 29. Januar, 4. und 5. Februar 1884 für das gute Recht der katholischen Schule in ihren Voten eingestanden sind. Es sind dies die Herren:

Aug. Stähelin-Brunner

Regierungsrat Dr. Paul Speiser

Professor Wilhelm Vischer

Oberst Merian-Iselin

Oberst Rudolf Paravicini

Ed. Preiswerk-Groben

Dr. Carl Burckhardt-Burckhardt

Professor Hagenbach-Bischoff

Professor Dr. Fritz Burckhardt.»

(KGBA, Protokoll E, 16. Mai 1884 bis 14. August 1894)